

Kinder und Jugendliche

Aufarbeitung der Pandemie gefordert

Alkohol

Die Zahl der Fälle von exzessivem Alkoholkonsum bei den Zwölf- bis 18-Jährigen ist gesunken. 2022 seien bundesweit hochgerechnet rund 10 680 Kinder und Jugendliche dieser Altersgruppe wegen einer akuten Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt worden. Dies seien fünf Prozent weniger als 2021. **afp**

Pandemievorbereitung

Die Bundesregierung bereitet den Boden, um möglichen weiteren Pandemien und Katastrophenfällen begegnen zu können. Das hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) in einer Regierungsbefragung im Bundestag klargestellt. „Wir müssen uns auf weitere Pandemien vorbereiten und auch auf andere Katastrophen, die uns ereilen können“, sagte der Minister vor den Abgeordneten. Es hätten auch bereits „umfangliche Vorbereitungen“ dafür stattgefunden. Als Beispiele nannte er unter anderem die Digitalisierung der Gesundheitsämter, mehr Personal im Öffentlichen Gesundheitsdienst, ein ausgeweitetes Monitoring und das internationale Pandemieabkommen der Weltgesundheitsorganisation. **may**

Fristen weitgehend eingehalten

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat im vergangenen Jahr fast 96 Prozent der 623 Verfahren im vorgegebenen Zeitraum abschließen können. Sechs Verfahren konnten nicht im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Frist beendet werden und elf Verfahren dauern mehr als drei Jahre an. Acht Verfahren, deren Frist bereits überschritten war, konnten im Berichtsjahr 2023 abgeschlossen werden. **aha**



Foto: naalezhda1906/shutterstock.com

Der Bundesverband für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie (bkj) hat eine unabhängige Aufarbeitung der Coronapandemie – insbesondere mit dem Fokus auf die Belange von Kindern und Jugendlichen – als Roadmap für die Zukunft angemahnt.

Laut bkj waren Kinder und Jugendliche die Bevölkerungsgruppe, die während der Pandemie die größten Beeinträchtigungen ihres Lebensalltages zu verkraften hatten. Inzwischen gehe man allgemein davon aus, dass etliche der Maßnahmen in Schulen, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch im Freizeitbereich weit

über Ziel hinausgeschossen seien. Deshalb ist es dem Verband zufolge dringend notwendig, eine solide und interdisziplinäre Aufarbeitung der Maßnahmen während der Pandemie und der Kommunikation darüber anzustoßen.

Der bkj schlägt vor, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, in der insbesondere auch Pädagogik, Psychologie, Psychotherapie und Soziologie vertreten sein sollten. Neben einer Fehleranalyse sollte dabei die Erstellung einer Roadmap für den Umgang mit zukünftigen Pandemien im Mittelpunkt stehen, um gegebenenfalls auf klare und angemessene Entscheidungsstrategien zurückgreifen zu können. Dazu gehöre auch die Kommunikation mit der Bevölkerung. **hil/sb**

Psychische Erkrankungen

Esstörungen stark gestiegen

Essstörungen haben besonders bei Mädchen stark zugenommen. Wie aus Daten der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) hervorgeht, stiegen die Fälle von Magersucht, Bulimie und Binge Eating bei den zwölf- bis 17-jährigen Mädchen zwischen 2012 und 2022 um rund 54 Prozent an. Während 2012 90 Fälle pro 10 000 Versicherte registriert wurden, waren es zehn Jahre später schon 139 Fälle.

Nicht nur die in sozialen Medien propagierten Schönheitstrends können der KKH zufolge die Psyche stark belasten und bei Jugendlichen Selbstzweifel schüren, die etwa zu Essstörungen führen können. Auch die Coronapandemie scheinbare Auswirkungen gehabt zu haben. Allein vom Vor-Corona-Jahr 2019 auf 2022 registrierte die KKH in dieser Altersgruppe eine Zunahme der Essstörungen um 38 Prozent. Zugleich ist der Anteil der zwölf- bis 17-jährigen Mädchen mit Essstörungen im Vergleich zu den gleichaltrigen Jungen mit 38 Fällen pro 10 000 Versicherte etwa viermal so hoch. 2022 wurden nach einer KKH-Hochrechnung rund 455 000 Menschen in Deutschland wegen Magersucht, Bulimie oder Binge Eating ambulant behandelt.

Je intensiver die Nutzung sozialer Medien ist, desto größer sei auch das Risiko für eine Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper. **afp**



Foto: BKK

„Weil psychische Erkrankungen immer noch mit Stigmatisierung verbunden sind, ist es für Betroffene wichtig, als Patienten die Hoheit über ihre Gesundheitsdaten zu behalten.“

Nikolaus Melcop, Vizepräsident der Bundespsychotherapeutenkammer